

Zur Bürgerschaftswahl in Hamburg

Protest gegen Große Koalition – Kreuz für die GAL

Die GAL kann unsere Interessen nur vertreten, wenn sie von Gewerkschaftskollegen kritisch gefordert wird.

Warum Neuwahlen in Hamburg?

Das parlamentarische Theater um Neuwahlen in Hamburg scheint nun beendet: Am 19. Dezember soll wieder gewählt werden. Das Feilschen zwischen CDU, SPD und GAL um den Termin der Neuwahlen steht in krassem Gegensatz zu den brennenden sozialen Problemen, die die arbeitende Bevölkerung und die Jugend betreffen: drohende Entlassungen (MBB, Blohm & Voss, HDW u.a.), Kurzarbeit in vielen Betrieben, über 50.000 Arbeitslose, dazu drastische Kürzungen im Sozialbereich.

Der Streit um Neuwahlen hat diese Lage nur für kurze Zeit überspielt. Die ganze Perspektivlosigkeit von CDU und SPD angesichts der sozialen Probleme drückt sich darin aus, daß sie einerseits um Neuwahlen feilschen, andererseits aber kaum davon ausgehen können, daß eine von ihnen dadurch die absolute Mehrheit erringen wird. Was also dann? Wird Hamburg »unregierbar«? Kaum, denn die SPD- und CDU-Politiker, die sich vor den Wählern als parlamentarische Kampfhähne darstellen, finden **jetzt schon** Wege der Zusammenarbeit — so etwa, indem die CDU ohne formelle Abstimmung über ein Haushaltsgesetz einzelnen Haushaltsposten für 1983 zustimmt.

Neuwahlen haben so gesehen nur einen Zweck: Die SPD will den Rückenwind, den sie durch die Bonner »Wende« spürt, ausnutzen und ihre Wähler, die im Juni gar nicht oder aber GAL gewählt haben, wiedergewinnen. Deshalb auch hat die SPD die Gespräche mit der GAL hinausgezögert und zum ihrer Meinung nach günstigsten Zeitpunkt (nach der Hessenwahl) abgebrochen.

Tatsächlich hat die SPD, seit sie in Bonn in der parlamentarischen Opposition ist, bei Kollegen wieder an Zustimmung gewonnen, vor allem angesichts der noch verschärften Krisenpolitik der Regierung Kohl/Genscher. Diesem »Trend« kommt sie nun entgegen, indem sie sich wieder als Partei der Arbeiter und der sozialen Reformen darstellt. Was in Bonn Willy Brandt besorgt — den Schmidt-Kurs der SPD in Einklang zu bringen mit der ideologischen Anbiederung an die Grünen und die Friedensbewegung (die »neue Mehrheit links von der CDU«) —, das erledigt in Hamburg Dohnanyi. So war er am 6. November, auf der großen Demonstration des DGB, auch in der ersten Reihe — es ging gegen Bonn, und das ist ja nun die CDU/FDP.

Für den Mittwoch zuvor, den 3. November, stand dem Senat eine Demonstration der HDW- und anderer Hafendarbeiter ins (Rat)Haus. Die »Aktiven Metaller« von HDW hatten alle Vor-



bereitungen getroffen (die IGM-Ortsverwaltung hatte »Duldung« signalisiert), um mit der Belegschaft aus einer Betriebsversammlung heraus vor das Hamburger Rathaus ziehen zu können. Dohnanyi und seine Mannschaft hatten davon natürlich Wind bekommen — und nichts eiligeres zu tun als Seifenblasen zu produzieren: Höchstwahrscheinlich (!) bekäme HDW einen Auftrag aus Norwegen¹, den sollten die Kollegen besser nicht durch eine Demonstration gefährden. Natürlich war die IGM genau derselben Meinung und redete entsprechend auf die HDW-Kollegen ein. Die Demonstration wurde abgesagt.

Von den SPD-Linken, die sich nach der letzten Wahl durch das gute Abschneiden der GAL mehr Gewicht in der Partei ausrechneten und auf deren Einflußnahme die GAL so große Hoffnungen setzte, ist nicht mehr viel zu sehen. Sie waren im Juni gut für die SPD, um die Kontakte zur GAL zu knüpfen, während der Gespräche gerieten sie in den Hintergrund des Geschehens, ja, sie stellten sich grobenteils hinter »ihren« Bürgermeister Dohnanyi: Sie haben letzten Endes die Auseinandersetzung (bis hin zur offenen politischen Konfrontation) in der Partei gescheut — um der Partei »einheit« willen. So profilierte sich Dohnanyi nicht nur als Gesprächspartner mit

¹ In Norwegen versucht der Staat zu erzwingen, daß norwegische Reedereien ihre Schiffe nur auf norwegischen Werften bauen lassen, da diese einen erheblichen Auftragsmangel haben. Folglich ist die sozialdemokratische Seifenblase auch schon geplatzt: Trotz eines erheblich billigeren Angebots durch HDW hat die norwegische Regierung Mittel und Wege gefunden, den Auftrag im Lande zu behalten.

der GAL, sondern auch als integrierende Führungsperson in der SPD. Nach der Bonner »Wende« war es mit der SPD-Linken dann ganz aus. (Klose verreiste nach Bolivien; offenbar war seine »diplomatische Mission« wichtiger als die Beteiligung am Abbruch der Gespräche mit der GAL.)

Die SPD-Rechten, wie Finanzsenator Steinert, Innensenator Pawelczyk und die DGB-Truppe um Saalfeld haben ihr Ziel erreicht: Sie waren schon im Juni, einen Tag nach der Wahl, für **Neuwahlen** und (so erklärte es die SPD-AfA öffentlich in einem Flugblatt) für eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der CDU, d.h. für die Ausgrenzung der GAL, mit welchen Mitteln auch immer. Nicht umsonst hat Kiep (CDU) während der Gespräche zwischen GAL und SPD die DGB-Spitzenfunktionäre, die Mitglieder der Bürgerschaft sind, hofiert.

Die Rechten geben nun in der SPD den Ton an, die Voraussetzungen werden geschaffen, um nach den Neuwahlen mit der CDU ins Geschäft zu kommen. Das Ziel der SPD ist dabei, der GAL so viele Wähler abzugewinnen, daß sie politisch unter Druck gesetzt werden kann: Seht her, »der Wähler« will keine Zusammenarbeit der SPD mit der GAL!

Die GAL — ihre Möglichkeiten und Grenzen

Sympathien bis hin zur Unterstützung durch das Wahlkreuz hat die GAL unter Arbeitern und Angestellten — vor allem bei den Jüngeren, also bei denen, die nicht schon aus Tradition (=von zuhause aus-) in den Gewerkschaften organisiert sind. Aber auch bei einem Teil der Arbeiter, die weiterhin SPD wählen, stößt die von der GAL herbeigeführte Auseinandersetzung mit der SPD auf ein gewisses Interesse und auch auf Sympathien. Wer sich heute zur Unterstützung der GAL (in welcher Form auch immer) bekennt, wird unter Kollegen und in den Gewerkschaften allgemein natürlich nicht auf Zustimmung stoßen, aber ihm droht auch nicht mehr die politische Isolation wie vor einigen Jahren noch. Darin drückt sich weniger das besondere Geschick der GAL aus, als vielmehr die Veränderung im Denken und in der Haltung der Arbeiter und Angestellten aufgrund der praktischen Erfahrung der gesellschaftlichen Krise.

Anders als die Grünen und auch z.T. Alternative Listen in anderen Bundesländern und Städten kann die GAL an diesen Veränderungen bei den Arbeitern besser ansetzen, da sie von vornherein die ökologischen und sozialen Fragen gleichwertig behandelt; wobei konkret in den Gesprächen mit der SPD die sozialen Fragen im Vordergrund standen. Zudem ist die Bereitschaft bei Teilen der GAL erkennbar, sich mit der Betriebs-Linken auseinanderzusetzen, also auch politisch zusammenzuarbeiten.

Insofern gibt die GAL aktuell dem Ausdruck, was an politischem Interesse auch unter Arbeitern und Angestellten in Hamburg vorhanden ist. Das ist wenig, aber immerhin zeigt es einen Fortschritt gegenüber den vergangenen Jahren, da nunmehr — wenn auch zunächst nur über Wahlen — die Politik der SPD in Frage gestellt wird.

Um dieses Wenige zu erweitern, um über die gewerkschaftliche Betriebspolitik hinaus Möglichkeiten der Information und Einflußnahme in der Kommunal- und Haushaltspolitik zu nutzen, halten wir eine Zusammenarbeit der Betriebs-Linken mit der GAL für richtig und notwendig. Eine solche **Zusammenarbeit** kann aber unserer Meinung nach nur auf der Basis der **Selbständigkeit** der betrieblich-gewerkschaftlichen Arbeit zustandekommen, darf also nicht eine bloße Verlängerung der GAL-Politik in die Betriebe und Gewerkschaften sein. Auch wenn die GAL fortschrittlichen, klassenbewußten Kollegen einige Möglichkeiten bietet, in Betrieb und Gewerkschaft eine politische Auseinandersetzung zu führen, so hat die GAL — neben diesen Möglichkeiten — auch **Grenzen**, die derzeit von unserem Standpunkt aus für eine Zusammenarbeit hinderlich sind. Darauf wollen wir im folgenden eingehen.

Die Gespräche mit der SPD

Die Gespräche zwischen GAL und SPD wurden von der GAL mit der Einschätzung begonnen, die SPD wolle die GAL »vorführen«, also nur zeigen, daß die GAL nicht kompromißbereit sei usw. Die GAL hat sich, was richtig war, auf diese Taktik eingelassen, um damit vor allem jene zu erreichen, die ihren Protest gegen die herrschenden Verhältnisse mit der Wahl der SPD ausdrücken oder aber noch immer innerhalb der SPD für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wirken wollen. Nicht um die SPD als Bürgerschaftspartei ging es zunächst, sondern **um die Wähler und Basis der SPD**. Mit vielen Forderungen, die die GAL als Grundlage einer Tolerierung vorlegte, hat sie die SPD oft nur beim Wort genommen, d.h., an »fortschrittliche« Auffassungen in der SPD und auch im DGB angeknüpft.

Sie forderte weder eine besondere Ausweitung des Haushaltes, noch — wie es BILD und »Hamburger Abendblatt« behaupteten — eine Mehrverschuldung der Hansestadt Hamburg. Es ging nur darum, innerhalb der Haushaltsgrenzen die Lasten der Krise »von unten nach oben« umzuverteilen.

Es gibt aber in der Krise für ein Parlament, das gilt auch für Hamburg, kaum noch Spielraum für solche Umverteilungen. Sie können nur **gegen** das Parlament und die Unternehmer durchgesetzt werden, das heißt durch außerparlamentarischen Druck. Diese wesentliche Voraussetzung für das Auftreten in den Gesprächen und im Parlament, um dem Staat und Kapital Zugeständnisse abzupressen — etwa Stop aller Sparmaßnahmen im Sozialbereich — war nicht vorhanden und ist es z.Zt. auch nicht. Doch darum geht es letzten Endes.

Das Fehlen einer aktiven Basis, gerade unter Arbeitern und Angestellten, hat in der GAL Tendenzen gefördert, die Politik mehr und mehr nach der Arbeit der Parlamentsfraktion auszurichten. Immer mehr geriet der Hauptaspekt der Gespräche aus dem Blick: Daß »außerhalb« des Parlaments Diskussionen und Gespräche über die SPD-Politik geführt wurden, daß die SPD gezwungen wurde, ihre einzelnen Maßnahmen — z.B. in der Wirtschafts- und Sozialpolitik — öffentlich zu begründen. Es kam das Zugeständnis der SPD zustande, im Jahr 1982 keine weiteren Gebühren mehr zu erhöhen. Daß dies eine Finte war (da kurz danach die Gaswerke die Gebühren erhöhen konnten), zeigt, wie weit die SPD überhaupt zu Zugeständnissen auf parlamentarischer Ebene fähig war und ist.

Indem sich die GAL fast nur noch auf die Gespräche und Bürgerschaftssitzungen konzentrierte, schwächte sie sich

NEU

anderle, Schreiner, Walcher, Weckerle
Das rote Gewerkschaftsbuch

Werdegang der Gewerkschaften · Von der Prosperität zur Krise · Bedingungen des Kampfes · Entwicklung und »Fehlentwicklung« · Gewerkschaften und politische Parteien · Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften · Spezialfragen · 1932 · Nachdruck, mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik 1981
192 S./Klebebindung 6,00

NEU

Der Faschismus in Deutschland Bd. 1

Analysen der KPD-Opposition aus der Zeit von 1928 bis Mai 1933 aus der Zeitschrift »Gegen den Strom« · Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik von 1973 · Nachdruck des 1973 bei der Europäischen Verlagsanstalt erschienenen und inzwischen vergriffenen Buches · **erweitert um zwei neue Abschnitte:** »VII. Faschistische Parolen und Schlagworte« und »VIII. Die praktische Anwendung im Abwehrkampf«.

ca. 260 S./Klebebindung, 12,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

In Hamburg vorrätig bei **Buchladen Gegenwind**
Buchladen Osterstraße
Heinrich-Heine-Buchhandlung

An die Genossinnen und Genossen der DKP in Hamburg

In der jetzigen politischen Situation in Hamburg besteht die Gefahr, daß die CDU, wenn auch nicht mit absoluter Mehrheit, so doch als stärkste Partei in der Bürgerschaft — von der SPD toleriert — an die Regierung kommt. Zugleich ist die SPD bemüht, ihre parlamentarische Position **auf Kosten der GAL** zu verbessern (woanders is' nichts!). Nur eine Stärkung der GAL bei der Wahl, die Vereinigung aller Stimmen der Linken auf die GAL kann erreichen, daß die SPD nach der Wahl wieder gezwungen ist, sich weiter mit Positionen »links« von ihr auseinanderzusetzen. Im anderen Fall, bei einer Schwächung der GAL in der Wahl, droht der Linken, gleichgültig ob sie die GAL oder die DKP bei der Wahl unterstützt, daß sie von den Arbeiterwählern der SPD für eine mögliche CDU-Regierung verantwortlich gemacht wird, d.h. den Linken wird gesagt werden: »wer grün (oder rot!) gewählt hat, hat die CDU gewählt«.

Unter diesen Bedingungen, aufgrund der hinderlichen Aufspaltung der Linken in der Wahlfrage, halten wir den Beschluß der DKP, dennoch zu kandidieren, für falsch. Von eurer Seite aus ist auf verschiedenen Wegen versucht worden zu erreichen, daß DKP-Mitglieder zusammen mit »namhaften« und bekannten »Repräsentanten« von »Bürgerbewegungen« auf der GAL-Liste kandidieren. Um dies durchzusetzen, wurde ein Kreis von bekannten Personen aus der Friedensbewegung, Gewerkschaften, VVN und der DKP gebildet, der seinerseits drei Kandidaten vorschlug. So kam es, daß dieser Vorschlag auf der GAL-Mitgliederversammlung von einem DFU-

Vertreter vorgelegt wurde. Bei dieser ganzen Aktion, die man in der DKP vielleicht »Bündnispolitik« nennt, war die DKP maßgeblich beteiligt, bzw. hat sie offensichtlich herbeigeführt.

Durch solche »bündnispolitischen« Manöver wird die politische Auseinandersetzung mit der GAL, bzw. ihren verschiedenen Strömungen nur umgangen. Dies gilt auch für den Vorschlag der DKP, eine Genossin aus Betrieb und Gewerkschaft auf der GAL-Liste kandidieren zu lassen. (Als Zugeständnis an die GAL sollte ihre DKP-Mitgliedschaft nicht genannt werden.) Ein solches Verhalten — die Unterstützung der GAL von Listenplätzen bei der Bürgerschaftswahl abhängig zu machen — hat in der GAL weder dazu geführt, daß eine politische Auseinandersetzung um Eure Positionen geführt wurde, noch hat es die Kräfte in der GAL gestärkt, die vom Klassenstandpunkt aus in der GAL arbeiten.

Wir kritisieren den zum Teil zynischen Umgang mit Euch, wie er von bestimmten Leuten aus der GAL gepflegt wird (unter Ausnutzung antikommunistischen Denkens), aber wir sehen auch, daß Ihr mit dieser Art Annäherung diesen Kräften noch mehr Nahrung und Möglichkeiten der Selbstdarstellung gebt.

Vor allem aber handelt Ihr so Eurem eigenen Anliegen zuwider, die GAL mehr auf Arbeiterfragen zu orientieren. Diese Hauptaufgabe von Kommunisten und klassenbewußten Kollegen wird nicht gelöst im Feilschen um Listenplätze — möglichst noch aufgeweicht durch »Repräsentanten« von »Bürgerbewegungen« —, sondern zu allererst durch die selbständige politische Praxis von klassenbewußten Kollegen. Darauf solltet Ihr Euch konzentrieren, die Kräfte hierfür sind gering genug. ■

politisch selber. Dies muß man feststellen, nicht als Vorwurf, sondern um die objektiven Grenzen der GAL zu sehen: Statt einer aktiven Mitgliederbasis hat die GAL ein »Wählerpotential«, wo sich vieles mischt. Viele GAL-Wähler, gerade diejenigen, die zuvor SPD gewählt haben, hatten und haben noch weit größere Illusionen in eine Zusammenarbeit von SPD und GAL. Diese schwankenden Elemente können heute — zumindest kurzfristig — wieder von der SPD gewonnen werden.

Eine entscheidende Grenze hat sich vor allem dort gezeigt, wo es um die Fragen der Jugendarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus ging. Fragen, die ja gerade Gewerkschaftskollegen betreffen. Als diese Fragen in den Gesprächen anstanden, hat der zuständige Sozialdemokrat (für das Thema Jugendarbeitslosigkeit) Jonny Müllner gekniffen: Er meldete sich wegen Krankheit ab, als die GAL der SPD ein Papier vorlegte, das größtenteils dem Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit der IGM (zu deren Ortsverwaltung in Hamburg Müllner gehört) entsprach. Hier ist es notwendig, die betreffenden Gewerkschaftsfunktionäre, die als SPD-Parlamentarier ihre eigenen Gewerkschaftsprogramme mit Füßen treten, zu zwingen, Rede und Antwort zu stehen — nicht nur im Parlament, sondern auch in den Gewerkschaften — vor und mit den Mitgliedern. Das gleiche gilt für den Abbau im Sozialbereich: Als Gewerkschaftsbürokraten wettern Saalfeld und Konsorten auf Versammlungen und Demonstrationen gegen den Sozialabbau (durch die CDU), aber dort, wo es die Gewerkschaftskollegen konkret betrifft — hier in Hamburg — stehen sie als SPD-Abgeordnete auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung kann die GAL solange nicht führen, wie sie kaum Zugang zu den Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft hat.

Der Kreis von Gewerkschaftern und Betriebsräten, der im Sommer zur Unterstützung der GAL aufrief, hat sich inzwischen zweimal getroffen, um weitere Maßnahmen zu besprechen. Die Vorstellungen über praktisches Verhalten in den Gewerkschaften und mit den Mitgliedern sind jedoch sehr unterschiedlich. Sie reichen von der Forderung nach Spitzengesprächen zwischen DGB-Landesbezirk und GAL-

Fraktion bis zu schroffer Ablehnung jeden Kontaktes zu »diesem Bonzenapparat«, der im Gegenteil »bekämpft« werden müßte. Unser Vorschlag, die Kollegen, die Einfluß auf die GAL-Politik nehmen wollten, sollten in den Einzelgewerkschaften auf die Mitglieder dahingehend einwirken, daß der DGB-Chef Saalfeld und auch andere AfA-Mitglieder zur Rechenschaft über ihre Wahläußerungen gezogen werden, stieß auf wenig Resonanz.

Ein anderer bisher nicht aufgegriffener Vorschlag war, daß die GAL-Parlamentarier sich um Aufklärung darüber bemühen sollten, an welche Betriebe in Hamburg Landes- und Bundesmittel zur Förderung der **Investition** gegangen sind und in welcher Höhe. Parallel dazu sollten sich die erreichbaren Gewerkschafter bemühen, die so von der Landesregierung unterstützten Betriebe auf **verlorengegangene Arbeitsplätze** hin zu untersuchen.

Darüber hinaus schlagen wir vor, daß die Vertreter der GAL im Parlament und in den Ausschüssen es künftig zu ihrem **Prinzip** machen, daß immer dann, wenn Probleme Hamburger Betriebe angesprochen werden, sie sich vor einer Entscheidung mit den entsprechenden Betriebsräten und Vertrauensleuten in Verbindung setzen. Zum Beispiel hätten die Unsicherheiten des GAL-Vertreters im Haushaltsausschuß anläßlich eines beantragten Zuschusses für die marode stadteigene HADAG dann vermieden werden können.

Wenn GAL-Parlamentarier in der Bürgerschaft für Kollegen aus Betrieben sprechen, ist das zu begrüßen. Es ist aber kein politischer Fortschritt, wenn z.B. Bettina Hoeltje vor der Bürgerschaft in einer Rede sagt, daß die Parteien, bzw. »das Parlament« die Verantwortung für die Krise der Hamburger Unternehmen trügen. Dies entspricht den kleinbürgerlichen Vorstellungen, daß die Parteien »die Politik machen«. Diese Ideologie der politischen »Machbarkeit« hat jahrelang die SPD vertreten und damit die Kollegen von den eigentlichen Ursachen — den Kapitalinteressen — abgelenkt und Illusionen in den Parlamentarismus geschürt. Solche Reden arbeiten zudem Leuten wie Kiep in die Hände, der die SPD zur »Schuldigen« der kapitalistischen Krise erklärt.

Die Parlamentsarbeit kann nur Ergänzung der Basisarbeit sein

Daß es innerhalb der GAL Tendenzen gibt, die Parlamentsarbeit der außerparlamentarischen Basisarbeit überzuordnen, ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die GAL aus den verschiedensten Protestströmungen der vergangenen Jahre zusammengesetzt ist. Sie birgt also völlig verschiedene politische Vorstellungen in sich: von rein ökologischen Kräften über reformistische Strömungen (die die Politik der SPD-Linken in der GAL fortsetzen) bis hin zu klassenbewußten Kräften.

Die Versuche der bürgerlichen Parteien, die GAL in den Parlamentsschacher einzubeziehen, sie abhängig zu machen von staatlichen Futterkrippen, Geldern und Einrichtungen, um sie allmählich an sich zu binden und so zu zersetzen, knüpfen an diese widersprüchlichen Strömungen an. Versuche der GAL, sich dem zu entziehen, werden dadurch erschwert, daß sie als **Wahlbewegung** noch ohne festgefügten sozialen, politischen und organisatorischen Untergrund ist. (Den dagegen die SPD noch besitzt!)

Kollegen aus dem Hafen (von der HHLA) haben sich bemerkbar gemacht, als sie befürchteten, daß die GAL zur Hafenerweiterung Stellung nimmt — ohne die Kollegen zu fragen. Dadurch entstand z.B. die Situation, daß in der GAL zunächst Überlegungen angestellt wurden, die Hafenerweiterung dadurch überflüssig zu machen, daß die Container höher gestapelt werden. Das aber bedeutet faktisch freie Bahn für einen neuen Rationalisierungsprozeß auf Kosten der Hafendarbeiter, da das Höherstapeln verbunden ist mit der Einführung von Hochregallagern, vollautomatisierten Anlagen, zu deren Bedienung über Bildschirmterminals nur noch wenige Kollegen notwendig sind. Das Einwirken der HHLA-Kollegen hat ein gutes Beispiel dafür gegeben, wie man von der betrieblich-gewerkschaftlichen Basis aus dem angeblichen parlamentarischen »Sachzwang« auch in der GAL entgegenzutreten kann. Inzwischen hat es eine erste Aussprache gegeben.

Die Leichtigkeit, mit der von der GAL ein Abkommen zur Wahlkampffinanzierung aus Steuergeldern unterzeichnet werden konnte, ist bereits bedenklich. Dies wurde zwar im nachhinein kritisiert, aber der Beschluß der GAL-Mitgliederversammlung, Neuwahlen zuzustimmen, zeigt, daß in der GAL inzwischen der Druck, der im Parlament auf die GAL-Fraktion ausgeübt wird, stärker wirkt als die Meinung vieler Kollegen, die in dem Tamtam des Wahlkampfes nur Geldverschwendung sehen. Einerseits wurde von der GAL in der Bürgerschaft erklärt, man wolle mit der Zustimmung zu Neuwahlen dem »Theater« endlich ein Ende bereiten, aber andererseits macht die GAL dann trotzdem dieses Theater mit. Ihre Begründung, sie könne nur über den Termin entscheiden (Dezember oder März), Neuwahlen gäbe es eh, ist ein rein wahltaktisches Argument: Natürlich ist es für die GAL wahltaktisch schlechter, wenn im März — in Koppelung mit möglichen Bundestagswahlen — gewählt wird, aber damit erklärt sie faktisch ihren eigenen Wählern, daß sie zu dumm sind, zwischen Bürgerschafts- und Bundestagswahlen zu unterscheiden.

Für viele Kollegen waren die 4 Millionen DM, die — als Zugeständnis der SPD in den Gesprächen — **nicht** eingespart werden sollten, ein Ergebnis auch der GAL-Politik (unabhängig davon, daß die SPD dies dann nicht durchführte). Im Kontrast dazu stehen 7,5 Millionen DM Wahlkampfkosten, für eine Wahl, die nach ursprünglicher Meinung der GAL zurecht mehr als überflüssig ist.

Am **18. Oktober** noch erschien ein Artikel von Jürgen Reents (GAL) in der Zeitschrift der »Fabrik«: »Die GAL bleibt damit — zumindest vorerst — bei ihrer Auffassung, daß Neuwahlen in Hamburg nicht nötig sind... Zudem steht die Bereitschaft der SPD, jetzt 7 Millionen Mark Steuergelder für einen neuen Wahlkampf zu verpulvern, in mehr als anrühigem Gegensatz zu ihrer fehlenden Bereitschaft, den autonomen Frauenprojekten in Hamburg 4 Mio. DM zuzusichern, wie von der GAL in den nunmehr abgebrochenen Verhandlungen gefordert.«

Am **20. Oktober** unterschrieb der GAL-Fraktionsvorsitzende zusammen mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden

einen »formellen« Antrag für die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für eine Wahl am 19. Dezember, sowie für die Erstattung von Wahlkampfkosten der Parteien.

Am **22. Oktober** billigte dann die GAL-Mitgliederversammlung den »Ausrutscher« ihres Fraktionsvorsitzenden und fand ab sofort die Neuwahl richtig und die Beteiligung an derselben notwendig. Steht die GAL nun nicht genauso da wie die bürgerlichen Parteien, die mit dem Wahlkampfgezer von den wirklichen Problemen ablenken?

Der beste Wahlkampf, den die GAL in dieser Situation machen kann, wäre: Sie gibt die ihr zufallenden Gelder nicht für Wahlreklame aus, sondern gibt sie einem Projekt, das dem Rotstift zum Opfer fallen soll oder z.B. den Schülern und Lehrlingen, denen man das BAFÖG kappen will. Das gleiche gilt für die »parlamentarische« Debatte über den Wahlkampf: Die GAL hat, was wir für richtig halten, zusammen mit der SPD die CDU aufgefordert, auf Stellschilder im Wahlkampf zu verzichten. Als aber die CDU nicht mitzog, hat die GAL erklärt, dann werde sie »nachziehen« und auch plakatieren. Weshalb hat die GAL nicht dennoch in einer öffentlichen Erklärung darauf verzichtet?

Dies sind gewiß nur »Kleinigkeiten« (mögen Parlamentarier einwenden), aber dies sind Möglichkeiten, der Bevölkerung praktisch darzustellen, was man von den bürgerlichen Politikern und dem Wahlkampfrummel hält.

GAL wählen — gegen die CDU und eine große Koalition

Wir unterstützen die GAL bei der Bürgerschaftswahl nicht nur deshalb, weil sie die »Notwendigkeit« des Sozialabbaus, der Hochrüstung und des Reallohnabbaus in Frage stellt. Der Protest gegen die herrschenden Verhältnisse und die Politik des Senats durch **das Kreuz für die GAL ist nur ein untergeordnetes Element in einer Wahlunterstützung für die GAL**. Entscheidend ist für uns, daß — im Gegensatz zu den letzten Jahren — dieser Protest wie auch der Ausdruck der Gegnerschaft zur CDU nicht verbunden werden kann mit der taktischen Unterstützung der SPD.

In der jetzigen Situation, wo sich die SPD — mit dem Bonner Rückenwind — einen Persilschein für den Abbruch der Gespräche mit der GAL holen will, bedeutet die Wahl der GAL, einen Beitrag dazu zu leisten, die SPD weiterhin zur politischen Auseinandersetzung zu zwingen. Es bedeutet zudem, die Gegnerschaft zu denjenigen Kräften in der SPD und den Gewerkschaftsspitzen auszudrücken, die die große Koalition vorbereiten, oder aber »nur« für eine Tolerierungspolitik der SPD gegenüber einem CDU-Senat oder umgekehrt eintreten.

Diejenigen Kollegen, die im Juni GAL gewählt haben und nun aus Angst und Protest gegenüber der CDU zur SPD als Oppositionspartei (in Bonn!) zurückkehren wollen, müssen wissen, daß ihre Stimme für die SPD gerade jenen nützen wird (ob es die Kollegen wollen oder nicht), die schon jetzt mit der CDU über einen »Platz an der Sonne« kungeln.

Umgekehrt gilt für die Wahlunterstützung der GAL, daß dies nur ein Teil der Bemühungen sein kann, die Auseinandersetzung mit der SPD weiterhin zu führen. Wenn den Gesprächen **oben** (zwischen GAL- und SPD-Vertretern) nicht das Handeln **von unten** folgt, wird diese Auseinandersetzung kurzatmig bleiben.

22. 11. 1982 ■
Gruppe Arbeiterpolitik
Hamburg

In wenigen Tagen erscheint die neue Arbeiterpolitik zu folgenden Themen:

- Innenpolitische Lage
- DGB nach den Großdemonstrationen
- Nach der Hessenwahl
- Rockwell-Bilanz